

25. März 2002

Enquete über neue Wege für das Gesundheitswesen:

Entwicklungsmöglichkeiten aufzeigen, Schnittstellen verbessern

Bei einer Enquete im NÖ Landhaus in St.Pölten über „Neue Wege für das Gesundheitswesen“ am Freitag sagte Landeshauptmannstellvertreterin Heidemaria Onodi, in Niederösterreich hätte man ein System von verschiedenen Rechtsträgern, die Verantwortung für ihr Krankenhaus und für ihre Finanzierung tragen. Im Lichte der Debatte um das Krankenhaus St.Pölten möchte sie betonen, dass sich die Diskussion um das Gesundheitswesen nicht auf die Rechtsträgerschaft „herunterqualifizieren“ lassen könne. Auch müsse diskutiert werden, was man sich vom Gesundheitswesen erwarte. Es gelte, sich mit Entwicklungsmöglichkeiten und mit Finanzierungsströmen auseinander zu setzen. Bei der Frage, wo man besser zusammenarbeiten könne, würden sich verschiedene Ansätze zeigen, etwa jener, die Schnittstellen zwischen dem Krankenhaus, den Sozialversicherungsträgern und dem extramuralen Bereich zu verbessern. Wenn man sich mit dem Gesundheitswesen auseinandersetze, dann müsste man sich aber auch mit der Finanzierung befassen, sagte Onodi. In jüngster Zeit sei eine Studie des Industriewissenschaftlichen Institutes veröffentlicht worden, die besagt, dass die Kosten des Gesundheitswesens jetzt wesentlich höher als früher zu berechnen seien. Die Kosten für österreichweite Ausgaben im Gesundheitsbereich im Jahr 1999 machten laut dieser Studie 21,37 Milliarden Euro aus, statt 15,8 Milliarden Euro, wie sie von der Statistik Austria berechnet wurden. In der neuen Studie werden die Kosten für die Pflegeheime miteingerechnet. Um Maßnahmen setzen zu können, bräuchte man aber eine komplette Transparenz der Kosten.

Univ.Do. Dr. Peter Rosner von der Universität Wien meinte, dass von 1994 bis 1999 die Krankenkassen aus Beiträgen um 15 Prozent mehr eingenommen haben, das Bruttoinlandsprodukt jedoch um 20 Prozent gestiegen sei. Der Generaldirektor der NÖ Gebietskrankenkasse, Konrad Köck, bezifferte den heurigen Abgang seines Institutes mit 77 Millionen Euro, und die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben würde weiter steigen, wenn man dagegen nichts mache. Direktor Bernd Vögerle vom Gemeindevertreterverband Niederösterreich argumentierte, dass die niederösterreichischen Gemeinden mehr als 2 Milliarden Schilling pro Jahr für die Spitäler zur Verfügung stellen würden.

Zu diesem Artikel gibt es eine unterstützende Audiodatei. Diese ist zum Download nicht mehr verfügbar. Bitte wenden Sie sich an: presse@noel.gv.at